

Artikel im Magazin PROGRESS, erschienen im April 2007, Autor:
leonhard.dobusch@reflex.at

Glücklich vereint?

Wie es mit der EU in ihren zweiten 50 Jahren weitergehen wird, ist noch keineswegs ausgemacht.

„Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint,“ heißt es in der Einleitung der „Berliner Erklärung“ anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung Römischen Verträge, dem Gründungsakt der Europäischen Union. In der Folge wird von der EU als Garant für Frieden, Demokratie und Rechtsstaat geschwärmt, ihre Bedeutung für Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gelobt.

Als „Ausdruck einer tiefen Legitimationskrise“ beurteilt hingegen der deutsche Gewerkschaftschef Michael Sommer den Text. Vertreter Polens und Tschechiens betonten neuerlich ihre Skepsis gegenüber verstärkter europäischer Integration. Vor den Toren des EU-Gipfels zur Präsentation der Erklärung in Berlin demonstrierte ein Bündnis aus mehr als 40 linken Gruppen und Initiativen unter dem Motto „Nein zum Europa des Kapitals - Nein zum Europa des Krieges.“ Geburtstagsglückwünsche sehen anders aus.

Unendliche Geschichte

Der Richtungsstreit über die Entwicklung der europäischen Staatengemeinschaft ist dabei älter als die EU und ihre Institutionen selbst. Wenn der Gründer der sowjetischen „Roten Armee“ Leo Trotzki 1923 in der „Prawda“ meinte, es sei „an der Zeit, neben der Parole ‚Arbeiter- und Bauernregierung‘ eine andere aufzustellen: ‚Die Vereinigten Staaten von Europa‘“, dann hatte er mit dieser Forderung sicher etwas völlig anderes im Sinn als der britische Weltkriegspremier Winston Churchill mit dem gleichen Begriff. Der forderte nämlich 1946 „die europäische Völkerfamilie in einer regionalen Organisation neu zusammen[zu]fassen, die man vielleicht die Vereinigten Staaten von Europa nennen könnte.“

Mehr als 60 Jahre nach Churchills Rede gibt es ein Europäisches Parlament, einen Europäischen Gerichtshof, eine gemeinsame Währung und keine Grenzkontrollen zwischen immer mehr europäischen Staaten. Von den „Vereinigten Staaten von Europa“ kann deswegen aber noch keine Rede sein: Das Parlament wird immer noch von nationalen Listen beschickt und hat nur Mitbestimmungsrechte, die wesentlichen Entscheidungen fallen hinter verschlossenen Türen der nicht

direkt demokratisch legitimierten Ministerräte und allerorts wird das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit beklagt.

Erweiterung oder Vertiefung?

Was die Diskussion über die Zukunft der EU so schwierig und unübersichtlich macht, ist die Vermischung und das Aufeinanderprallen weltanschaulicher und nationaler Positionen in noch dazu ständig wechselnden Koalitionen. Denn auch wenn VertreterInnen von allen Staaten und Parteien – mit Ausnahme rechtsextremer Verfechter eines „Europas der Vaterländer“ – prinzipiell für ein gemeinsames Europa eintreten, so unterscheiden sich ihre Visionen von dessen geographischen und politischen Grenzen erheblich.

Sehr grob lassen sich zwei Perspektiven an der Frage „Erweiterung oder Vertiefung?“ scheiden. Insbesondere jene, denen die EU schon heute zu mächtig ist und die sie vor allem als große Freihandelszone befürworten, treten für eine rasche Fortsetzung des jüngsten Erweiterungsreigens ein. Weitere Mitgliedstaaten erschweren Einstimmigkeit auf Ebene der Staats- und Regierungschefs und stärken damit den institutionellen Status quo. Weniger einig ist sich diese Gruppe aber schon wieder bei der Frage, welche Länder als nächste an den gemeinsamen Binnenmarkt andocken sollen: Der britische Labour-Premier Tony Blair setzt auf einen Beitritt der Türkei, das streng-katholische Polen würde lieber mit der Ukraine die EU als „christlichen Club“ erhalten.

Mehr Europa.

Hier zeigt sich die prinzipielle Schwierigkeit, die räumlichen Grenzen der EU zu definieren. Spätestens mit der Aufnahme Zyperns, das eindeutig am asiatischen Kontinent liegt, eigentlich aber schon mit den Kanarischen Inseln vor der afrikanischen Küste hat man sich von geographischer Grenzziehung verabschiedet. Genauso schwierig gestaltet sich aber auch die Definition Europas über gemeinsame Werte oder Identität: Für die einen basiert Europa auf dem gemeinsamen, christlichen Erbe, für die anderen macht gerade die Überwindung ebendieses Erbes im aufgeklärten Säkularismus Europa und die EU aus.

Eine Frage, die sich für die zahlreichen ErweiterungskeptikerInnen so noch gar nicht stellt. Denn auch sie fordern „mehr Europa“, allerdings weniger in geographischer als in politischer Hinsicht. Zu ihnen zählt neben der konservativen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel auch der österreichische SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Große Uneinigkeit herrscht unter den IntegrationsbefürworterInnen hingegen genauso, wie sich rund um die als „Verfassung“ bezeichnete, jüngste Etappe der EU-Institutionenreform gezeigt hat. Während beispielsweise Gusenbauer immer

noch bekennt „Mir wäre es am Liebsten, wenn der EU-Verfassungsvertrag zu hundert Prozent über die Bühne geht,“ sprachen sich weite Teile der französischen Linken auf Grund von sozialen und demokratischen Defiziten gegen eben diesen Verfassungsentwurf aus. Sie hatten damit maßgeblichen Anteil an dessen Ablehnung per Referendum im Jahr 2005.

Kerneuropa als Ausweg?

Eine Ablehnung, die Konzepten wie dem eines vor allem von deutschen und französischen PolitikerInnen geforderten „Kerneuropas“ neues Leben eingehaucht hat: Quasi als „Koalition der Willigen“ sollen jene Staaten voranschreiten, die in der Aufgabe einzelstaatlicher Souveränität die einzige Chance sehen, in Zeiten der Globalisierung überhaupt handlungsfähig zu bleiben. Der Warnung vor einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ halten Verfechter wie der sozialdemokratische EU-Kommissar Günther Verheugen oder der christlich-soziale deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble regelmäßig die bereits vorhandene Teilung der EU in 13 Euro-Länder und 14 Staaten mit eigener Währung entgegen.

EU-Mitglied, und Euro-Land	EU-Mitglied, ohne Euro	Euro ohne EU-Mitgliedschaft
Belgien	Bulgarien	Andorra
Deutschland	Dänemark	Vatikan
Finnland	Estland	San Marino
Frankreich	Lettland	Monaco
Griechenland	Litauen	Montenegro
Irland	Malta	Kosovo
Italien	Polen	
Luxemburg	Rumänien	
Niederlande	Schweden	
Österreich	Slowakei	
Portugal	Tschechien	
Slowenien	Ungarn	
Spanien	Vereinigtes Königreich	
	Zypern	

Wäre die Verständigung auf das Ziel eines europäischen Bundesstaats mit europaweiten Wahlen und echten europäischen Parteien, wie es der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer bereits im Jahr 2000 als Antwort auf die meisten Probleme der EU skizziert hat, die Lösung? Das führt zur

Frage, ob in Europa überhaupt ein für Demokratie erforderlicher „Demos“, eine europäische Öffentlichkeit existiert. Der Sozialwissenschaftler Dieter Fuchs vom Wissenschaftszentrum Berlin gibt sich zumindest in dieser Hinsicht optimistisch: „Eine europäische Demokratie würde den zu ihr kongruenten Demos vermutlich weitgehend selbst erzeugen.“ Vor allem die mit einer europäischen Demokratie einhergehende Aufmerksamkeit würde seiner Meinung nach das Bewusstsein verstärken, einem europäischen „Demos“ anzugehören.